

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen.  
Bezugspreis (einschl. der entsprechenden Postgebühren): Eine Unterhaltungsbeilage, Schwarzenberger Anzeiger, Schwarzenberger Zeitung, Döhlener Stadt-Anzeiger (frei Haus einl.) monatlich 1,00 RM, halbjährlich 5,00 RM, durch die Post einl. aller Beilagen monatlich 2,10 RM ausl. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg.  
Der Redakteur übernimmt keine Verantwortung für die Schriftleitung keine Verantwortung.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Böhmisch Neudorf und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und des Stadtrates zu Schwarzenberg.

**Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.**

**Hauptgeschäftsstelle:** Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. **Drahtanschrift:** Volksfreund Auesachsen.  
**Geschäftsstellen:** Böhmisch (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Maßgebend für die am Nachmittage erscheinende Nummer die vormittags 9 Uhr in den Zeitungsdruck.  
Der Preis für die 22 mm breite Zeitungsbeilage Nr. 4 A, für den 50 mm breiten Zeitungsbeilage Nr. 2 A, beträgt 22 Pfg. Allgemeine Bedingungen beim Zeitungsbeilage Nr. 2.  
Die Beilage von hoher Hand keine Haftung aus anderen Beilagen, bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Haftung.  
Postfach-Nr. 12222, Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Coblenz, Nr. 22.

Nr. 280.

Sonnabend, den 1. Dezember 1934.

Jahrg. 87.

## Amtliche Anzeigen.

**Dienstag, den 4. Dezember 1934:** sollen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden:  
Vorm. 10 Uhr in Bietefeld 15 m Stores, 2 Stores, ein Posten versch. Fleischwaren.  
Sammelort der Bieter: Gasthof Albert-Turn.  
Vorm. 10 Uhr in Lauter 1 Labentafel, 1 Piano, 1 Glas-Schrank, 2 Saal Mehl, Sautaninen, 1 Saal Gerste.  
Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.  
Als stellvertretender Standesbeamter für den Standesamtsbezirk Aue wurde in Pflicht genommen: Herr Verw.-Praktikant **Albin Max Bräuner** in Aue.  
Aue, 30. November 1934. Der Rat der Stadt.

Ein Schäferhund ist hier zugelaufen. Falls er nicht bis Montag, den 3. Dez. 1934, abgeholt wird, kommt er am gleichen Tage mittags 12 Uhr im Hofe des Stadthauses in Aue/Sa. zur Versteigerung. Auskunft erteilt die Polizeiwache.  
Aue, 1. Dez. 1934. Der Rat der Stadt, Polizeiamt.  
**Schwarzenberg. Straßendennung betr.**  
Die städtischen Körperschaften haben beschloffen, die Annaberger Straße Louis-Krauß-Straße zu benennen.  
Schwarzenberg, am 30. Nov. 1934. Der Rat der Stadt.  
**Schwarzenberg. Steuerarten betr.**  
Wer am 10. Oktober 1934 hier gewohnt hat und als Arbeitnehmer dem Steuerabzugsverfahren unterliegt, erhält die für das Kalenderjahr 1935 gültige Steuerkarte (Farbe hellorange) zugestellt. Als Arbeitnehmer gilt jeder Gehalts-, Pensions- und Lohnempfänger. Die Steuerarten sind sofort abzugeben: a) von den Lohn- und Gehaltsempfängern an den Arbeitgeber, b) von den Pensionsempfängern an die Kasse, von

der sie die Bezüge erhalten. Vom 1. Januar 1935 an dürfen die alten Steuerarten (Farbe hellgrün) nicht mehr verwendet werden. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, bei den Arbeitnehmern, die ihre Steuerkarte nicht abgeben, den Steuerabzug in voller Höhe, also ohne Berücksichtigung der Ermäßigungsätze vorzunehmen. Wer bis zum 10. Dezember 1934 keine Steuerkarte erhalten hat, muß sich an das Steueramt wenden. Die Lohnsteuerpflichtigen, die am 10. Oktober 1934 nicht hier gewohnt haben, erhalten die Steuerkarte von der Behörde ihres damaligen Wohnortes.  
**Bemerkung der Steuerpflichtigen unrichtige Eintragungen auf der Steuerkarte, so hat er sie sofort dem unterzeichneten Steueramt zur Berichtigung vorzulegen.**  
Die Bogen zum Einleihen der Steuermarken sind beim hiesigen Finanzamt erhältlich.  
Wer den in dieser Bekanntmachung enthaltenen Anordnungen zuwiderhandelt, hat Bestrafung zu gewärtigen.  
Schwarzenberg, am 30. November 1934.  
Der Rat der Stadt — Steueramt.

## Der französische Außenminister lädt Deutschland zu einer „kollektiven Organisierung des Friedens“ ein.

Die Gleichberechtigung, wie er sie aussieht.

Paris, 1. Dez. In der Kammer verlas Außenminister Laval eine Erklärung, in der es u. a. heißt:  
„Die Interessen unseres Landes bedürfen sich mit denen des Friedens. Um beide verteidigen zu können, muß unser Land stark sein, was wiederum die innere Ordnung und die Gesundheit unserer Finanzen voraussetzt. Europa ist beunruhigt. Es gibt für einen Außenminister Frankreichs kein edleres Ziel als dem Frieden zu arbeiten. Die Politik verfolgen wir.“  
Das Ziel der Verhandlungen mit Italien, die sich unter günstigen Bedingungen abspielen, ist die Engergestaltung der Freundschaft beider Länder. Die Verhandlungen erfüllen nicht ganz ihren Zweck, wenn sie nicht gleichzeitig alle Garantien für eine Annäherung an Italien und die Kleine Entente bieten. Die französisch-italienische Annäherung wird sich deshalb auch auf die Interessen eines großen Teiles der europäischen Völker ausdehnen. Die Verhandlungen mit Italien müssen über die Unabhängigkeit Oesterreichs hinaus zu einem Abkommen führen, das dem Frieden in diesem Teile Europas festigt.  
Zur gleichen Zeit verhandelt Frankreich über einen gegenseitigen Bestandspakt, der dieselben Verhältnisse für Osteuropa herbeiführen soll. Bei keiner dieser Verhandlungen verfolgt es eigenmütige Ziele. Ohne sich um die Innenpolitik oder die Form des Regimes zu kümmern, ist Frankreich bereit, mit allen Ländern diese Politik der Wiederverständigung zu betreiben, die dasselbe Ziel verfolgen. Niemand ist ausgeschlossen, und deshalb kann diese Politik nicht als ein Angriffsmittel gegen irgendeinen Staat ausgelegt werden. Alle Regierungen, mit denen man auf dem Fuße der Gleichheit und unter Berücksichtigung ihrer Würde verhandeln wird, werden aufgefordert, sich genau zu äußern, ob sie ihren europäischen Pflichten nachkommen wollen oder sich ihnen entziehen. Es gibt einen Grundsatz, dessen Notwendigkeit jeder anerkennen muß. Das ist die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenzen. Wer diese Grenzen anders ziehen will, stört den europäischen Frieden.“

Rechtfertigung finden, wenn Deutschland, das niemand bedroht, sich weigert, seinen Anteil an der kollektiven Organisierung des Friedens, so wie er ihm angeboten worden ist, zu nehmen, d. h. in der ganzen moralischen Rolle, die einem großen Lande vorbehalten ist, dessen Solidarität für das Gedeihen und die Zukunft der europäischen Völker entscheidend sein kann. Wir berufen uns darauf, vor der Welt die deutsche Auffassung zu veröffentlichen, die sie uns auferlegt. Aber wir wollen glauben, daß Deutschland in dem Augenblick, wo es seine moralische Verantwortlichkeit vor den anderen Ländern nur noch verstärkt, wenn es sich weigert, an dieser Politik der Zusammenarbeit mitzuarbeiten, zu der es von allen aufgefordert wird. Ich wiederhole, daß es sich um eine eheliche Einladung handelt, die wir ihm gemacht haben.  
Zwischen Frankreich und Deutschland gibt es keine territorialen Streitfragen. Die Saarfrage muß normal und für beide Länder zufriedenstellend geregelt werden. Es hängt von Deutschland ab, ob sich die Volksabstimmung unter normalen Bedingungen vollzieht. Wir verbeugen uns vor vornherein vor dem Ergebnis dieser Abstimmung. Wir erklären vor Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit ohne irgendeinen Hintergedanken unseren Wunsch, nichts zu übernehmen, was nicht strikt in den internationalen Rahmen fällt.  
Laval gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß er durch seine Erklärungen die Zweifel und Beunruhigungen bei denen ausgeglichen hätte, die durch die bisherigen Bemühungen der französischen Regierung alarmiert sein könnten.

mit Deutschland. Er habe die nationalsozialistische Bewegung nicht verstanden. Franklin Bouillon ging dann auf die Unterredung der französischen Kriegsteilnehmer in Deutschland ein und richtete scharfe Angriffe gegen den Abg. Goy.  
Jean Goy führte dann aus, daß franz. Kriegsteilnehmerverbände schon seit Jahren mit deutschen Kriegsteilnehmern in Fühlung gestanden hätten. Der Stahlring, den man um Deutschland zu schließen versuche, hätte nur einen Wert, wenn er vollständig wäre. Aber könne man auf Polen rechnen? Es gebe kein Mittel, die deutschen Rüstungen zu verbieten. Es gebe kein anderes Mittel, als die französische Armee und die Landesverteidigung zu organisieren und, ohne seine Freundschaften zu verleugnen, mit ihnen zu reden.  
London, 1. Dez. Der Mittelpunkt der britischen Politik ist die Annahme unmittelbarer Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zur allgemeinen Besserung der Lage hinarbeiten.

## Besuch Ribbentrops in Paris.

Paris, 30. Nov. Hr. v. Ribbentrop ist heute aus Berlin kommend in Begleitung seiner Frau bei eingetroffen. In Berlin wird erklärt, daß der Besuch rein privater Natur sei. v. Ribbentrop wird morgen, am 1. Dezember, wieder in Berlin sein.  
Die Reise des deutschen Writungsbevollmächtigten von Ribbentrop bildet eines der Hauptgesprächsthemen der Pariser Presse. Die Blätter ergeben sich in den verschiedensten Vermutungen, wobei jedoch die Ansicht vorherrscht, daß der Besuch v. Ribbentrops diesmal keinen amtlichen Charakter trägt. Im übrigen unterstreicht man den engeren Kontakt, der augenblicklich zwischen den französischen und den deutschen ehemaligen Frontkämpfern bestehe.  
Auch die englischen Zeitungen widmen dem Besuch größte Aufmerksamkeit. Die Blätter glauben, aus der Reise v. Ribbentrops schließen zu können, daß die Einleitung neuer Verhandlungen über die Rüstungsfrage zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bevorsteht. „Evening Standard“ hält es für möglich, daß Ribbentrops Mission zu einer deutsch-französischen Verständigung führen könne.

## Der deutsche Botschafter bei Finnland.

Paris, 1. Dez. Ministerpräsident Flandin hat am Freitag, den deutschen Botschafter Roland Köster empfangen. Ueber den Inhalt der Unterredung ist nichts bekannt geworden.

## Wege für eine deutsch-französische Verständigung.

Frontkämpfer Goy erstattet Bericht über seine Aussprache mit dem Führer.

Man fragt sich oft, wohin die Politik führt, die Frankreich seit einiger Zeit mit Sowjetrußland geführt hat. Man fragt sich andererseits, ob die französische Regierung nicht daran denke, mit Deutschland eine besondere Politik einzuleiten. Man versucht, Zweifel an der Kontinuität und Einheitlichkeit der französischen Außenpolitik aufkommen zu lassen. Die französische Regierung hat aber nur eine Haltung. Sie ist mit der Schaffung einer internationalen Zusammenarbeit beschäftigt und wünscht dieser Zusammenarbeit keine zweiseitigen Verträge hinzuzufügen. Rußland ist vollkommen einig mit Frankreich über dieses kollektive Vorgehen, dessen Initiative es nicht ergriffen hat. Die französisch-russische Solidarität wird offen zutage treten zugunsten aller und zugunsten der Festigung des Friedens Osteuropas. Deutschland ist eingeladen worden und wird erneut unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen Länder eingeladen, diesem gegenseitigen Bestandspakt beizutreten, in dem es die gleichen Garantien findet, wie die, die es den anderen Ländern zuteil werden läßt. Der Reichszugler Hitler hat seinen Willen zum Frieden kundgetan. Wir fordern ihn auf, seine Worte in Handlungen umzusetzen, indem er sich der Politik anschließt, die wir in Osteuropa verfolgen. Frankreich vermindert mit seiner Politik die Risiken eines Krieges, denn in der heutigen Zeit würde ein solcher Krieg auf keinen besonderen Teil Europas beschränkt bleiben.  
Reichszugler Hitler hat weiter erklärt, daß die augenblicklichen Grenzen Deutschlands ihm genügen. Um seine Militärpolitik zu rechtfertigen, hat er auf die Würde seines Landes hingewiesen. Wie wird er morgen aber eine ähnliche

Paris, 30. Nov. „Petit Journal“ veröffentlicht folgende Erklärungen des Abg. Goy: Er sei nicht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nach Berlin gegangen, sondern als ehemaliger Frontkämpfer. Welche Gefahr hätte für Frankreich dadurch entstehen können? Ein Regierungschef, der selbst ehemaliger Frontkämpfer sei, erkläre sich bereit, auf verschiedene an ihn gestellte Fragen zu antworten, und habe sehr präzise Fragen gestellt. Gegenüber diesem Regierungschef, der sich für Deutschland verbürgen könne, habe es keine entsprechende Persönlichkeit in Frankreich gegeben. Wenn man sich auf eine beratende Befragung ohne Gegenleistung einlasse, heiße das nicht den Wunsch beizubehalten, das Terrain von mehreren Mißverständnissen zu bereinigen, um zu Verhandlungen mit Deutschland zu kommen? Auf die Frage, ob er an die Vorkriegszeit der Friedenspartei in Deutschland glaube, erwiderte Goy: Ich habe gegen den Dawesplan, gegen den Youngplan, gegen das Hoover-Moratorium, gegen die vorzeitige Rheinlandräumung gestimmt. Ich gehöre nicht zu denen, die Deutschland Opfer ohne Gegenleistung brachten. Ich hatte das Gefühl, daß es vergeblich sei, mit Männern zu verhandeln, die wirklich nicht die Herren Deutschlands waren. Heute aber haben wir es mit

einer Regierung zu tun, die nicht Gefahr läuft, morgen durch den Sturz der parlamentarischen Mehrheit erledigt zu werden. Daher erkläre ich zu den Verhandlungsangeboten: Warum nicht? Welche Probleme stehen brennend zwischen uns? Es gab den berüchtigten polnischen Korridor; man fürchtete, daß wir eines Tages zu wählen haben würden, entweder uns für Polen zu schlagen oder unseren Verbündeten im Stich zu lassen. Nun hat Hitler diese Frage mit Polen geregelt. Das Saargebiet? In zwei Monaten wird die Angelegenheit liquidiert sein. Es bleibt dabei also nur die Frage der deutschen Rüstungen. Deutschland rüstet und stellt dies nicht in Abrede. Aber gibt es außer der Gewaltlösung ein anderes Mittel als eine Aussprache, um Deutschland dahin zu bringen, die Notwendigkeit einer Begrenzung und späteren Herabsetzung seiner Rüstungen einzusehen?  
Auf den Einwand, daß die Kleine Entente und Sowjetrußland durch Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich unruhig und entfremdet werden könnten, antwortete Goy: Es handelt sich nicht darum, eine Entente gegen irgendein anderes Land zu schaffen, sondern darum, die Furcht vor einem deutsch-französischen Konflikt zu beseitigen und dadurch dazu beizutragen.